



Weniger Papier bedeutet schon einmal etwas weniger Aufwand.

ILLUSTRATION IDA GÖTZ / NZZ

Bürokratieabbau ist möglich

Es braucht mehr Digitalisierung und Vertrauen zwischen Bürgern und Verwaltung

DANIEL IMWINKELRIED, BRÜSSEL

Kaum ein Versprechen äussern europäische Politiker derzeit häufiger als den Bürokratieabbau. Kaum eine Beteuerung dürfte aber auch schwieriger zu verwirklichen sein.

Wirtschaftsvertreter und Bürger beklagen die Regeldichte seit Jahrzehnten, und mindestens ebenso lange versprechen Regierungen, dagegen vorzugehen. Der Leidensdruck in der EU, aber auch in der Schweiz, ist jedenfalls gross. Seitdem sich die wirtschaftliche Lage verschlechtert hat, ist «Bürokratie» erst recht zum Schimpfwort geworden. Die Unternehmen leiden unter gestiegenen Energiekosten, einer flauen Nachfrage und der chinesischen Konkurrenz. Aus ihrer Sicht ist es da komplett verkehrt, wenn der Staat das Leben zusätzlich erschwert: beispielsweise mit angeblich ausufernden Berichtspflichten im Umwelt- und Sozialbereich.

Gesetze sind schwer abbaubar

Massnahmen zur Entbürokratisierung sollen den Unternehmen wieder mehr Luft zum Atmen geben und sie konkurrenzfähiger machen. «Der Bürokratieabbau ist ein Wettbewerbs- und Standortfaktor geworden», sagt Sabine Kuhlmann, die stellvertretende Vorsitzende des deutschen Normenkontrollrats und Professorin für Verwaltungswissenschaften an der Universität Potsdam.

Das gilt besonders für die EU. Als die Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen im Dezember 2019 beispielsweise das Klimagesetz Green Deal präsentierte, verglich sie es mit der ersten benannten Mondlandung von 1969. «Ich bin überzeugt, dass der Green Deal eine grossartige Chance für Europa ist – auch wirtschaftlich und gesellschaftlich», sagte sie.

In Aussicht stellte sie einen Innovationsschub. Vielleicht wird es diesen eines Tages geben, jetzt tönt es seitens der Kommission aber so, als sei Europas Wirtschaft in grosser Not – auch wegen des Green Deal und anderer komplexer Gesetze. Die Kommission hat daher vorgeschlagen, manche erst vor kurzem gutgeheissene Gesetze zu vereinfachen. So wurden gewisse Berichtspflichten wieder abgeschafft oder sie gelten bloss noch für sehr grosse Firmen.

Damit erntete sie besonders bei den Mitteparteien im EU-Parlament und in Unternehmenskreisen Beifall. Das Vorhaben stehe symbolisch dafür, dass die EU fähig sei, sich zu reformieren, sagt ein Parlamentarier der Europäischen Volkspartei. Es müsse daher gelingen, es gehe auch um Glaubwürdigkeit. Allerdings folgen nicht alle blindlings von der

Leyens Bemühungen. Man sei zwar für effektiven Bürokratieabbau, sage aber Nein zu sinnloser Deregulierung, meint etwa René Repasi, der rechtspolitische Sprecher der Sozialdemokraten in Brüssel. Und so unschuldig, wie sie tun, sind gerade Unternehmen nicht. Oft zählen gerade Grossfirmen ebenfalls zu den Promotoren scharfer Regulierung: Diese hält ihnen kleine, agile Konkurrenten vom Leib.

In der EU-Hauptstadt zeigt sich damit, wie schwierig es ist, einmal eingeführte Vorschriften wieder abzuschaffen. Den Profiteuren von Regulierung

Gruppe und der Hochschule Luzern von 2024 bei gut 200 Firmen war bei der Frage nach den Hemmnissen die Option «Regulatorische Anforderungen / Bürokratie» der mit Abstand meistgenannte Punkt (von 77 Prozent erwähnt).

Besteht trotz solchen Kräften Grund zur Hoffnung auf weniger Bürokratie? «Netto» wohl eher nicht. Immerhin gibt es ständig neue komplexe Probleme, die oft erst noch grenzüberschreitend sind und Regulierung erfordern.

Die künstliche Intelligenz etwa war vor wenigen Jahren kein Thema. Seit 2019 zerbrechen sich Politiker und Technokraten in der EU aber den Kopf darüber, wie man diesen Sektor regulieren soll. Abzuwägen gilt es zwischen Interessen der Industrie, die sich entfalten will, und der Gefahr, dass die KI Entscheide trifft, die eigentlich Menschen fällen sollten. Noch hat die EU hier das Gleichgewicht nicht gefunden. Die Materie ist komplex, der Grat zwischen Überregulierung und zu viel Freiheit schmal.



Sabine Kuhlmann
Stellvertretende
Vorsitzende
des deutschen
Normenkontrollrats

Praxisnähe hilft

Am besten wäre es daher, manche Regeln gar nie einzuführen. Warum es trotzdem immer mehr davon gibt, erklärt unter anderem die politische Ökonomie: So kann es sich kein Parlamentarier leisten, in einem Ausschuss zu sitzen, ohne dort «eigene» Anliegen einzubringen. Wer will nach einer Sitzung schon in die Fraktion zurückkehren und dort das Bekenntnis ablegen, er habe nichts angestossen? Zumal für Politiker ein Problem meist eine Gesetzeslücke darstellt.

Und am Schluss schreiben in der Regel Juristen die Gesetze, obwohl sie meist kein Fachwissen über den zu regulierenden Gegenstand besitzen, etwa die Digitalisierung. «Gesetze aus rein juristischer Perspektive kommen selten praxisnah heraus», findet Kuhlmann. Nötig wäre es, bei der Gesetzgebung vermehrt Fachexperten und Spezialisten einzubeziehen, die wüssten, wie man ein Gesetz «vor Ort», also etwa in den Gemeinden, umsetzt.

Solche Mängel bestehen nicht nur in der EU, sie sind auch in der Schweiz. Die EU fähig sei, sich zu reformieren, sagt ein Parlamentarier der Europäischen Volkspartei. Es müsse daher gelingen, es gehe auch um Glaubwürdigkeit. Allerdings folgen nicht alle blindlings von der

Schweden als Vorbild

Deshalb wäre es schon ein grosser Schritt, wenigstens bürokratische Gesetze zu schaffen und deren Vollzug einfach zu gestalten. Schweden und andere skandinavische Staaten gelten hier als Vorbild. Das erstant auf den ersten Blick. Immerhin weisen diese Länder einen umfangreichen Sozialstaat auf, der nach allgemeiner Meinung viel Bürokratie verursacht.

Schweden ist allerdings auch ein Vorreiter der Digitalisierung. Alle Bewohner haben eine Personen-Identifikationsnummer, mit der sich Verwaltungsverfahren mit wenigen Klicks abwickeln lassen. Laut einer Studie, die vom Schweizer Wirtschaftsverband Economiessuisse in Auftrag gegeben wurde, spart das Zeit sowie Kosten und stellt einen Wettbewerbsvorteil dar. Laut derselben Untersuchung verstehen sich die schwedischen Behörden zudem nicht als reine Regulierungsinstanz, sondern als serviceorientierte Partner.

Kuhlmann findet, in Skandinavien herrsche eine Vertrauenskultur, während etwa in Deutschland oder Frankreich zwischen Bürgern und Staat ein eher patriarchalisches Verhältnis bestehe. Diese und andere Länder sollten sich daher Skandinavien verstärkt zum Vorbild nehmen. Die Menschen müssten die Verwaltung wieder weniger belastend wahrnehmen, und es sollte mehr in die Digitalisierung investiert werden, fordert die Expertin. Falls dies nicht passe, führe das zu einer verstärkten Vertrauenskrise zwischen dem Staat und den Bürgern. «Das wäre fatal.»

Börsenfieber trotz Wirtschaftssorgen

Weder wirtschaftliche noch geopolitische Unsicherheiten können die Aktienmärkte bremsen

MICHAEL FERBER

An den Börsen geht die Rekordjagd weiter. Der deutsche Aktienindex DAX hat zum Jahresbeginn zum ersten Mal die Marke von 25 000 Punkten übersprungen, und auch das Schweizer Börsenbarometer Swiss-Market-Index (SMI) hat einen Höchststand erreicht. Auch die US-Leitindizes Dow Jones und S&P 500 sind im neuen Jahr erneut auf Rekordstände gestiegen.

Gleichzeitig trübt sich die Konjunktur ein, und viele Marktteilnehmer sorgen sich über eine Blase bei amerikanischen Technologieaktien. Dies wirkt auf den ersten Blick paradox.

Gründe für die Rekorde

«An der Börse ist alles möglich, auch das Gegenteil», sagte der berühmte Börsenexperte André Kostolany einst, und so nennen Anlageexperten verschiedene Gründe für die Entwicklung.

■ **Grosse Erwartungen an KI:** Die Hoffnungen der Anleger auf die Zukunft der künstlichen Intelligenz (KI) und auf einen entsprechenden Produktivitätsschub sind nach wie vor sehr hoch. Laut Christof Reichmuth, Präsident des Verwaltungsrats der Bank Reichmuth, treiben massive Investitionen vor allem in den USA den Markt auf Hochtouren. KI habe sich zunehmend als zentrale Wachstumskraft etabliert. Letztlich stelle sich die Frage, ob es sich um einen strukturellen Wandel mit langfristigem Ertragspotenzial oder um eine Übertreibung handle.

■ **Hoffnung auf europäische Investitionsprogramme:** In Europa, vor allem in Deutschland, ruhten derzeit grosse Erwartungen an den milliardenschweren Investitionspaketen für Rüstung und Infrastruktur, sagte Matthias Geissbühler, Anlagechef von Raiffeisen Schweiz, am Donnerstag bei einem Anlass seiner Bankengruppe. Optimisten gehen sogar davon aus, dass die Stimuli zu einer regelrechten «Renaissance der Industrie» führen könnten.

Hier zeigte sich Geissbühler indessen etwas skeptisch. Aus seiner Sicht dürfte es länger dauern, bis die Investitionen greifen. Er verweist auf Investitionsprojekte in Deutschland wie den Flughafen in Berlin oder den Hauptbahnhof in Stuttgart, bei denen es massive Verzögerungen und Mehrkosten gegeben hat.

Letztlich stelle sich die Frage, ob die Stimulus-Pakete positive Auswirkungen auf die Konjunktur haben würden. «Wenn die Konjunktur in Deutschland 2026 nicht anspringt, könnte der DAX deutlich korrigieren», sagte der Raiffeisen-Vorreiber. Allerdings ist dabei zu berücksichtigen, dass sowohl der DAX als auch der SMI die Aktien von global tätigen Konzernen enthalten und folglich nicht nur die konjunkturelle Entwicklung im jeweiligen Land abbilden.

■ **Expansive Fiskalpolitik auch in den USA:** Auch in den Vereinigten Staaten soll die weiterhin expansive Fiskalpolitik die Konjunktur stützen. Geissbühler verwies in diesem Zusammenhang darauf, dass US-Präsident Donald Trump in Aussicht gestellt hat, Checks an die Bevölkerung zu verteilen, damit seine Partei – die Republikaner – nicht wegen der schwächelnden Wirtschaft bei den Zwischenwahlen im November die Mehrheit im Repräsentantenhaus verliert.

■ **Weitere Zinssenkungen in den USA erwartet:** Marktteilnehmer rechnen zudem mit weiteren Zinssenkungen der US-Notenbank Federal Reserve, was der Konjunktur Rückenwind geben und die Aktienkurse beflügeln könnte. Allerdings verharret auch die Inflation in den USA auf erhöhtem Niveau, was das Potenzial für Zinssenkungen schmälert.

■ **Geopolitische Spannungen nicht im Fokus:** Auf die angespannte geopolitische Situation haben die Aktienmärkte nicht

negativ reagiert. So gab es nach dem Angriff der USA auf Venezuela und der Verhaftung des Präsidenten Nicolás Maduro keinen Kurseinbruch an den Aktienmärkten. Vielmehr weckten die Nachrichten bei den Investoren Hoffnungen auf sinkende Ölpreise.

■ **Langfristig steigen die Aktienbörsen:** Zudem ist zu berücksichtigen, dass Aktienmärkte langfristig gesehen steigen. Rekordhochs kommen also viel häufiger vor als gemeinhin angenommen. Ein Allzeithoch alleine ist kein Warnzeichen, sondern kann sogar ein Indikator für weitere Allzeithochs sein. Das Fonds-Research-Unternehmen Morningstar hat hier als Beispiel die Periode ab März 2013 genannt. Damals kletterte der S&P 500 zum ersten Mal nach der Finanzkrise 2008 wieder auf ein Rekordhoch, woraufhin im Jahr darauf weitere 52 Rekordhochs folgten.

Gefahren steigen parallel

Die jüngste Entwicklung bringt aber auch Risiken für Anleger. Laut Reichmuth könnte es zu einer deutlichen Korrektur an den Aktienmärkten kommen, wenn die tatsächlichen Gewinne der Unternehmen hinter den hohen Erwartungen zurückbleiben oder wenn die langfristigen Zinsen weiter steigen. Er erinnert an die Zeit nach dem Platzen der Dotcom-

Einiges spricht dafür, dass die derzeitigen Allzeithochs für langfristig orientierte Anleger kein Problem sein dürften.

Blase im Jahr 2000. In den darauffolgenden zwei Jahren habe das US-Leitbarometer S&P 500 mehr als 35 Prozent und der Technologieindex Nasdaq mehr als 75 Prozent an Wert verloren.

Geissbühler sieht 2026 als «Jahr der Bewährung». Die USA setzten den Freihandel mit ihrer protektionistischen Zoll- und Handelspolitik unter Druck. Dies belastete weltweit die Wirtschaft und sorge für höhere Inflationsraten. Zudem ist der globale Aktienmarkt hoch bewertet.

Derzeit sei auch nicht klar, ob die KI-Investitionen zum Erfolg führten, sagte Geissbühler. Aufgrund der hohen Investitionen in Rechenzentren, Beteiligungen der KI-Unternehmen untereinander und hoher Bewertungen sei derzeit Vorsicht geboten.

Rekorde nicht ungewöhnlich

Einiges spricht dafür, dass die derzeitigen Allzeithochs für langfristig orientierte Anleger, die Aktien mindestens zehn bis zwölf Jahre halten, kein Problem sein dürften. So hat eine Studie der Bank Pictet ergeben, dass Anleger, die Schweizer Aktien zehn Jahre lang hielten, im Zeitraum 1926 bis 2024 in 96 von 99 Kalenderjahren eine positive Rendite erzielten. Bei einer Haltedauer von vierzehn Jahren gab es kein einziges Mal eine negative Rendite.

Allerdings kann es in Spezialfällen auch längere Durststrecken geben, wie etwa nach dem Platzen der Immobilienblase in Japan Anfang der neunziger Jahre. Nach dem Ausbruch der Deflation dauerte es bis 2024, bis der japanische Aktienindex Nikkei 225 sein Rekordhoch von Ende 1989 wieder erreichte.

Raiffeisen empfiehlt im derzeitigen Umfeld Schweizer Aktien: Der Schweizer Aktienmarkt sei weniger hoch bewertet als globale Aktien und verhältnismässig attraktiv, sagt Geissbühler. Im Swiss-Performance-Index liege die durchschnittliche Dividendenrendite bei 3 Prozent.

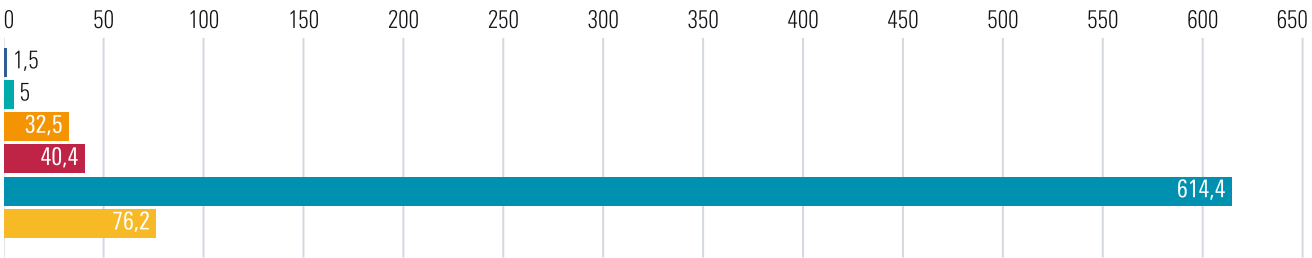
Freitag, 9. Januar 2026

Freitag, 9. Januar 2026

Wie kommt die Zahl von 770 Millionen Dollar zustande?

Geschätzte Gesamteinnahmen von Jamie Dimon im Jahr 2025, in Dollar (in Millionen)

● Fixlohn* ● Cash-Bonus* ● Leistungsabhängige Aktienanteile (PSU)** ● Dividenden aus persönlichen JP-Morgan-Aktien ● Kursgewinne JP-Morgan-Aktien*** ● Übrige Einnahmen



* Beim Fixlohn und beim Cash-Bonus wird angenommen, dass deren Höhe derjenigen der vergangenen fünf Jahre entspricht.

** Bei den leistungsabhängigen Aktienanteilen wird der Wert von 2024 verwendet; eine Erhöhung ist jedoch wahrscheinlich.

*** Für den Wertzuwachs der JP-Morgan-Aktien dient die im SEC-Formular 4 von Jamie Dimon vom 31. Januar 2025 ausgewiesene Aktienzahl als Grundlage.

QUELLEN: JP MORGAN CHASE: ANNUAL MEETING OF SHAREHOLDERS; PROXY STATEMENT 2025, SEC FORM 4, JAMES DIMON, 31. 1. 2025

Jamie Dimons Klumpenrisiko zahlt sich aus

770 Millionen Dollar nahm der JP-Morgan-Chef 2025 ein – von einem Gehalt, wie es US-Medien nennen, kann jedoch keine Rede sein

LORENZ HONEGGER

Die Schlagzeile liest sich gut: Jamie Dimon, Chef der amerikanischen Bank JP Morgan, hat im vergangenen Jahr 770 Millionen Dollar verdient. Das berichtete diese Woche die «New York Times»: «Für Jamie Dimon war es 2025 lukrativer denn je, Vorstandsvorsitzender von JP Morgan Chase zu sein.»

Eine Kombination aus Fixlohn, Boni, Dividenden, Aktienoptionen und Wertsteigerungen seiner JP-Morgan-Aktien habe dem 69-jährigen CEO von JP Morgan 2025 rund 770 Millionen Dollar eingebracht, schrieb die Zeitung weiter.

Woher kam das Geld?

Ein solches Gehalt erscheint selbst an der Wall Street, wo Lohnpakete von 30 Millionen Dollar für Chefs üblich sind, exzessiv. Zum Vergleich: Der UBS-CEO Sergio Ermotti, ebenfalls Chef einer global systemrelevanten Bank, verdiente 2024 gerade einmal 14,9 Millionen Franken. Wie erklärt sich also die enorme Zahl im Fall von Dimon?

Ein Blick in die Vergütungsberichte von JP Morgan Chase sowie Informationen der Börsenaufsicht SEC zeigen, dass die Darstellung in den amerikani-

schen Medien nicht falsch, aber irreführend ist: Jamie Dimon dürfte 2025 zwar erneut einen hohen zweistelligen Millionenbetrag verdient haben, sehr wahrscheinlich so viel wie noch nie in seiner 20-jährigen Amtszeit als CEO. Doch der Grossteil der erwähnten Einnahmen



Jamie Dimon
CEO von JP Morgan

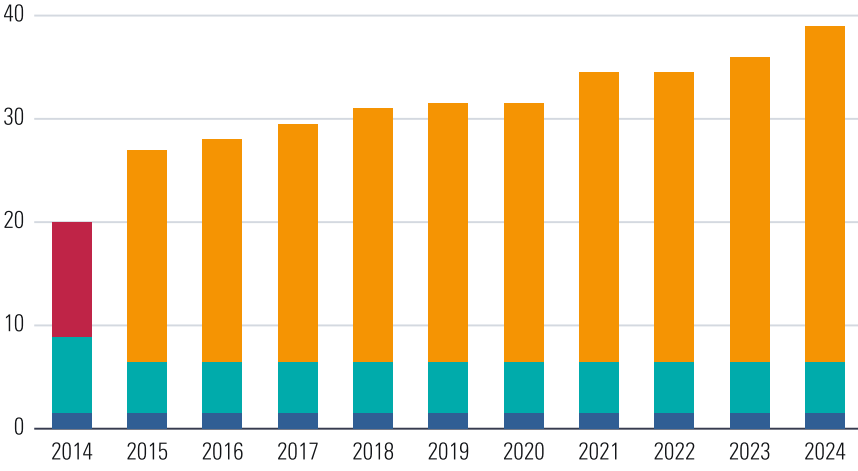
von 770 Millionen Dollar geht auf Wertsteigerungen auf dem persönlichen Bestand von Aktien seines Arbeitgebers zurück. Von diesen besass er Anfang 2025 laut SEC-Informationen 7,3 Millionen Stück.

Da der Kurs der JP-Morgan-Papiere im vergangenen Jahr an der Börse um 34 Prozent zugelegt hat, resultierte für Dimon ein Buchgewinn von geschätzt über 600 Millionen Dollar. Allerdings hält Dimon diese Aktien weiterhin, der Profit kann sich also morgen wieder in

So entwickelte sich Jamie Dimons Vergütungspaket tatsächlich

Vergütung nach fixen und variablen Bestandteilen, in Dollar (in Millionen)

● Fixlohn ● Cash-Bonus ● Leistungsabhängige Aktienanteile (PSU) ● Beschränkte Aktienanteile (RSU)



QUELLE: JP MORGAN CHASE, ANNUAL MEETING OF SHAREHOLDERS PROXY STATEMENTS, 2015 BIS 2025

NZZ / iho

davon steckt aber in JPM-Papieren. Ein klassisches Klumpenrisiko.

Doch Dimon tat über Jahre nichts, um dieses abzubauen, im Gegenteil: Er kaufte mehrere Male freiwillig JP-Morgan-Aktien zu. Erstmals tat er dies 2009, als sich die globale Bankenwelt infolge der Finanzkrise in Schieflage befand. Er erwarb eine halbe Million Aktien und wiederholte diese Transaktion in den Jahren nach dem London-Wale-Skandal 2012, als die Bank wegen eines Händlers in London mehr als 6 Milliarden Dollar verlor, und 2016 nach zeitweiligen Börsenturbulenzen. Mit den Zukäufen signalisierte er den Märkten sein ungebrochenes Vertrauen in seine Bank und machte damit in den Folgejahren ein gutes Geschäft, wie sich heute zeigt.

Als der bald 70-Jährige im Oktober 2023 ankündigte, in mehreren geplanten Transaktionen einen Teil seiner Aktienbestände zu verkaufen, schlug dies entsprechend hohe Wellen. Bekam der legendäre CEO nun doch kalte Füße?

Die Bank betonte: «Herr Dimon ist weiterhin davon überzeugt, dass die Zukunftsaussichten des Unternehmens sehr stark sind, und sein Anteil am Unternehmen wird weiterhin sehr bedeutend bleiben.» Die Verkäufe seien Teil von Dimons Vorsorgeplanung und

dienten der Diversifikation. Selbst ein Banker von seinem Format muss irgendwann an den Ruhestand denken.

Bald weiss man die Details

Wie viel Jamie Dimon 2025 tatsächlich verdient hat, wird man voraussichtlich noch vor Ende Januar erfahren. Die Zahlen aus früheren Jahren geben schon jetzt Aufschluss darüber, wie hoch die Vergütung ungefähr sein dürfte. So erhielt Dimon 2024 wie schon in den vergangenen zehn Jahren einen Fixlohn von 1,5 Millionen sowie einen Cash-Bonus von 5 Millionen Dollar. Dazu kamen als grösste Position leistungsabhängige Aktienanteile. Deren Wert belief sich im Jahr 2024 auf 32,5 Millionen Dollar, was einer Steigerung von 10 Prozent gegenüber dem Vorjahr entsprach. Damit erreichte er ein Gehalt von 39 Millionen Dollar. Eine weitere Steigerung ist auch für 2025 zu erwarten.

Diese Aktienanteile werden verzögert ausbezahlt und sind an die Entwicklung der absoluten und relativen Eigenkapitalrendite der Grossbank gekoppelt. Je nach Unternehmenserfolg fällt die Auszahlung höher oder tiefer aus. Verkauften darf Dimon die Aktien erst nach etwa fünf Jahren.

Berlin ist Deutschlands Startup-Hub

Im ganzen Land gab es 2025 so viele Firmengründungen wie nie zuvor

JANNIK BELSER, BERLIN

Stagnation, Industriekrise, Massenentlassungen: Über die deutsche Wirtschaft gab es in den vergangenen Monaten vor allem Negatives zu berichten. Nun entwickelt sich eine Wirtschaftsstatistik positiv: 2025 wurden in Deutschland mehr Startups gegründet als je zuvor.

Zu diesem Schluss kommen der deutsche Startup-Verband und die Organisation Startuptedator in einer am Donnerstag veröffentlichten Auswertung der Handelsregisterdaten. Deutschlandweit gab es im vergangenen Jahr 3568 Neugründungen – ein Drittel mehr als 2024. Der Trend hat eine eindeutige Erklärung: die künstliche Intelligenz (KI).

Universitäten als Katalysator

Mehr als ein Viertel der neugegründeten Startups nutzen KI als wichtigen Bestandteil ihres Geschäftsmodells. Sie entwickeln Produkte und Dienstleistungen im IT-Bereich, aber auch im Justiz- oder im Ernährungssektor. Gemäss Arnas Bräutigam, dem Geschäftsführer von Startuptedator, ist KI demnach längst kein Nischenhema mehr: «Wir sehen KI immer häufiger dort, wo konkrete Probleme gelöst werden – von Software über Medizin bis hin zu industriellen Anwendungen wird sie das Fundament neuer Geschäftsmodelle.»

Fast in allen Bundesländern wurden 2025 mehr Firmen gegründet als im Vorjahr. Im Gegensatz zu anderen Ländern, wo sich viele Firmen an wenigen Zentren ansiedeln, zeichnet sich das deutsche Ökosystem durch seine Dezentralität aus. Auch in kleineren Städten wie Aachen, Potsdam oder Heidelberg entstehen viele Startups, was oft an den Universitäten in den jeweiligen Orten liegt.

Deutschlands grösste Startup-Szene befindet sich weiterhin in Berlin. In keiner anderen Stadt wurden 2025 mehr Unternehmen gegründet. Eine Region holt aber rasant auf: Immer mehr entwickelt sich München zu einem Gründer-Hub, vor allem dank Softwareentwicklern mit klarem KI-Bezug.

So entwirft Helsing autonome Systeme für den Rüstungssektor, Tactobaut Softwarelösungen für mittelständische Industrieunternehmen, Deepe eine Plattform für Radiologen. Erste Branchenkenner sprechen gar schon vom «Isar Valley», das auch internationale Vorreiter anlockt: 2025 eröffnete die Firma Open AI in München ihr erstes Büro in Deutschland.

Wieso werden plötzlich so viele Startups gegründet, wenn doch die Wirtschaft schwächelt? Eine mögliche Interpretation: Wenn Leuten die Perspektive am Arbeitsmarkt fehlt, werden sie zu Gründern. Gemäss Jannis Gilde, dem Leiter der Forschungsabteilung beim deutschen Startup-Verband, ist der Schritt ins Unternehmertum für viele aber eine sehr bewusste Entscheidung, die mit neuen Chancen zusammenhängt: «KI ermöglicht auch kleinen Startups ein rasches Wachstum. Gründen wird somit zu einer immer attraktiveren Karriereoption.» Das zeige sich nicht nur in Deutschland, sondern auch in anderen Staaten.

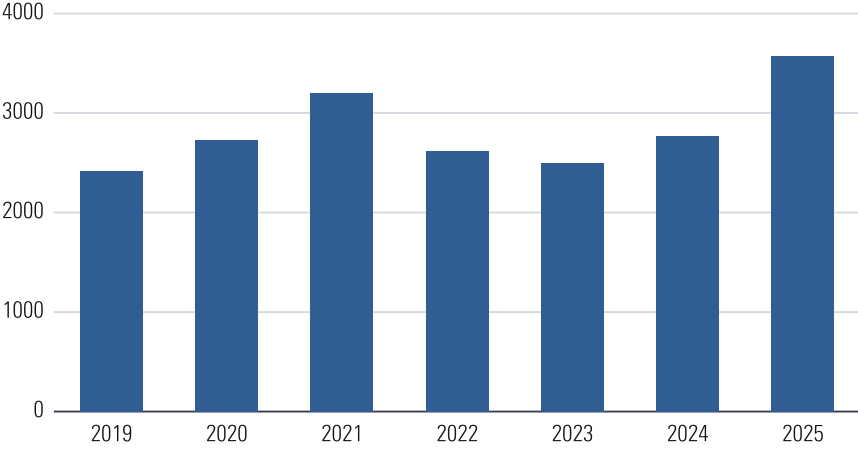
Wo die Politik nachbessern soll

Laut Gilde kann Deutschland im europäischen Vergleich mit allen anderen Konkurrenten mithalten, die Gründerszene sei breit abgestützt und gut vernetzt. Besonders im Bereich der Frühförderung habe die Politik die Entwicklung richtig begleitet. Gilde lobt, dass immer mehr Universitäten ihren Studenten mit Gründungszentren einen Zugang zum Unternehmertum vermitteln.

Im Vergleich zu den USA gebe es aber noch viel Verbesserungspotenzial, sagt Gilde. Für ein reiches Land investiere Deutschland zu wenig in Venture Capital. «Will ein Startup richtig gross werden, muss es weiterhin im Silicon Valley nach Investoren suchen.» Die

Gründungen auf Rekordhoch

Anzahl der neuen Unternehmen in Deutschland im jeweiligen Jahr



QUELLE: NEXT GENERATION REPORT

NZZ / jpb